Sachverhaltsdarstellung

„Gesundheit für alle im Stadtteil“ - Ein Projekt zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung in Nürnberg

Das Referat für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg und die AOK Bayern haben eine Kooperation zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung in vier Nürnberger Stadtgebieten vereinbart. Grundlage sind die im Rahmen der durch Änderungen des SGB V erweiterten Möglichkeiten der finanziellen Projektförderung zur kommunalen Gesundheitsförderung nach §§ 20 und 20a SGB V („Bundespräventionsgesetz“). Schon 2016 konnte, ebenfalls über eine AOK-Drittmittelfinanzierung, der BildungsCampus das Gesundheitsförderungsprojekt „Gesunde Südstadt“ starten.

Start des auf vier Jahre angelegten Projekts mit einem finanziellen Gesamtvolumen von fast 2 Mio. € ist Anfang Mai 2017. Das Projekt wird vom Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg (Teilbereich „Gesundheitsförderung und –planung“) durchgeführt und ist in vier Nürnberger Stadtgebieten verankert:

- Gostenhof (unter Einschluss von Muggenhof/Eberhardshof)
- St. Leonhard/Schweinau
- Langwasser
- Röthenbach Ost und West.

Hierbei handelt es sich um Stadtgebiete mit einem durchweg überdurchschnittlich hohen Anteil von Bewohnern/-innen mit Migrationshintergrund (zwischen 52 und 62%) und einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Bewohnern, die durch Arbeitslosigkeit betroffenen sind (außer Röthenbach).

In diesen vier Stadtgebieten werden nun Gh/Gesundheitskoordinatoren mit gesundheitswissenschaftlicher Qualifikation verankert. Insgesamt stehen dafür vier Vollzeitstellen zur Verfügung, die Auswahlgespräche zur Stellenbesetzung fanden im Februar statt. Über begrenzte, ebenfalls drittmittelfinanzierte Stundenaufstockungen und dem Einbringen personeller Eigenleistungen durch Gh kann die Projektsteuerung gewährleistet werden; auch die Finanzierung eines Teils konkreter Projektaktivitäten ist über Sach- und Honorarmittel im Rahmen der Projektvereinbarung abgesichert.

Der Name des Projektes „Gesundheit für alle im Stadtteil“ ist Programm: Gesundheitsförderung und Prävention sollen dort angesiedelt sein, wo die Menschen leben, lernen und arbeiten, d.h. in ihrer unmittelbaren Lebenswelt. Bereichsübergreifend und unter Einbindung städtischer bzw. nicht-städtischer Akteure/-innen werden im Projekt v. a. nachhaltige Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention abgesichert, intensiviert und initiiert. Damit wird auch die Zielsetzung verfolgt, sozialräumliche Kooperationen zu stärken und Aktivitäten so zu gestalten, dass sie in besonderer Weise zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen (v.a. niedriger Bildungsstand, geringe finanzielle Ressourcen, oft verbunden mit Migrationshintergrund) beitragen. Verhaltensbezogene und verhältnisbezogene Maßnahmen werden nicht isoliert, sondern im Rahmen ihrer wechselseitigen Beeinflussung betrachtet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit anderen gesundheitsbezogen relevanten Bereichen (v.a. Stadtplanung, Soziales, Bildung, Umwelt und Verkehr); hier kann an Kooperationserfahrungen und erprobte Strategien im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ angeknüpft werden, z.B. in St. Leonhard/Schweinau.

Wichtige Oberziele werden sein:

- Zielgruppenspezifische Stärkung der Selbstkompetenz zur Gesunderhaltung
- Förderung von Bewegung im Alltag und Ausweitung von Bewegungsflächen im öffentlichen Raum
- Verbesserung des individuellen Ernährungsverhaltens
- Verbesserung der Gesundheitsförderung in Kitas und Schulen im Sinn des Aufbaus einer Präventionskette
- Stärkung der Gesundheitsförderung für ältere Menschen im Stadtteil

Im Sinne eines partizipativen Ansatzes sollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger der verschiedenen Altersgruppen im jeweiligen Stadtteil frühzeitig in das Projekt mit eingebunden werden. Gesundheitsförderung soll nicht „von oben herab" dekretiert werden, ein Vorgehen, das auf der individuellen Ebene in den seltensten Fällen funktioniert und in erster Linie bei übergreifenden strukturellen Maßnahmen angemessen wäre (z.B. ein gesetzliches Verbot für Zigarettenwerbung im öffentlichen Raum). Sowohl bei der Planung des Bedarfes als auch bei der Umsetzung gesundheitsförderlicher Angebote sollen die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können. Dies erhöht die Chancen, passgenaue, an der Lebensrealität der Betroffenen orientierte Maßnahmen zu entwickeln, steigert die Akzeptanz von Interventionen und erhöht damit die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Umsetzung. Darüber hinaus stellt dies auch einen Beitrag zu einer demokratischen zivilgesellschaftlichen Kultur dar.

Der Stärkung von Kompetenzen und Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern/-innen in sozial schwierigen Lebenslagen soll dabei eine besondere Bedeutung zukommen. Diesen hohen Anspruch in praktische, erfolgreiche Schritte der Partizipation praktisch umzusetzen, wird eine anspruchsvolle Aufgabe sein, die Beharrlichkeit und auch den Mut zu experimentellem Vorgehen erfordert.

Die geplante Vorgehensweise für das Projekt „Gesundheit für alle im Stadtteil" umfasst, grob skizziert, folgende Phasen:

- Enge Abstimmung mit städtischen und nicht-städtischen Kooperationspartnern, Bekanntmachen des Projekts in der (Stadtteil-)Öffentlichkeit

- Erarbeitung von Ist- und Bedarfsanalysen („Stadtteil-Diagnosen") im Rahmen von Stadtteilgesundheitsberichten; hierbei werden Routinedaten (z.B. aus der Schuleingangsuntersuchung), aber auch Experteninterviews und niederschwellige Bewohner/-innen-Befragungen genutzt.

- Einbindung des Themas Gesundheit und Gesundheitsförderung in bestehende Stadtteilvernetzungen (z.B. Stadtteilarbeitskreise) in enger Kooperation mit der Regiestelle Sozialraumkoordinierung bei Ref.V.

- Erstellung eines Maßnahmenkatalogs (im Stadtteil und stadtteilübergreifend)

- Ressourcenakquise und schrittweise Umsetzung

Derzeit ist eine Selbstevaluation des Projekts vorgesehen, inwieweit dies über universitäre Kooperationen um Elemente einer Fremdevaluation ergänzt werden kann, befindet sich noch in der Abklärung. Projektbegleitend wird eine strukturierte Öffentlichkeitsarbeit erfolgen, die auch zur Unterstützung der partizipativen Zielsetzung des Projekts dient. Die Projektsteuerung erfolgt durch ein von der AOK Bayern und Gh getragenes zentrales Steuerungsgremium, an dem auch die Teilbereichsleitung „Gesundheitsförderung und -planung“ sowie die Amtsleitung beteiligt sind.

Mit „Gesundheit für alle im Stadtteil“ startet die Gesundheitsverwaltung der Stadt Nürnberg mit Unterstützung der AOK Bayern ein Projekt, das schon im Vorfeld auf erhebliche Beachtung in der bundesweiten Fachöffentlichkeit stößt. Die bisherige Linie des Gesundheitsamtes, in der kommunalen Gesundheitsförderung einen kooperativen, koordinierenden Ansatz mit besonderer Berücksichtigung der gesundheitlichen Situation von Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen zu verfolgen, erfährt mit diesem Projekt eine erhebliche infrastrukturelle Stärkung. Eine enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Sachgebieten des Gh in der Stadtteilarbeit und die Verzahnung mit Aktivitäten der GesundheitsregionPlus werden auch einen wichtigen Projektbaustein darstellen.

Im Laufe des Jahres 2018 wird der Gesundheitsausschuss über einen ersten Zwischenbericht über den Verlauf der Projektstartphase informiert werden.